

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent. lebensnah. vor Ort.



...newsletter



Newsletter zum III. Quartal 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die SPD-Bundestagsfraktion und auch viele Gewerkschaften haben einen „heißen Herbst“ angekündigt. Es gilt, Widerspruch und Widerstand gegen die unsozialen Sparpläne der Bundesregierung zu artikulieren, die völlig unzureichende Neudefinition der Regelsätze des Arbeitslosengelds II zu qualifizieren und massiven Einspruch gegen den geplanten Ausstieg aus der solidarischen Gesundheitsversorgung zu erheben.

Seit der Sommerpause arbeiten wir im Parlament, in der Fraktion und in den Wahlkreisen an diesen und vielen anderen Aufgaben.

Mit den sehr intensiven Diskussionen bei zwei Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen zur Arbeitsmarktpolitik mit Hubertus Heil und zu den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise mit Peer Steinbrück habe ich versucht, die Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg, in Reinickendorf und aus ganz Berlin in die Debatten um die jetzt anstehenden Fragen mit einzubeziehen. Viele sind diesem Angebot gefolgt: es gab rege Debatten um aktuelle Kernfragen der Politik.

Daneben gibt es noch weiteres zu berichten aus der laufenden Arbeit der Fraktion und des Bundestages und von eigenen Aktionen im Wahlkreis.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Eure
Mechthild

Inhalt:

■ Gesundheitspolitik	
Gesundheit wird teuer – wie teuer?	2
Medizinische Versorgungszentren sind Erfolgsmodell	2
■ Arbeitsmarktpolitik	
Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche	3
„Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - Konkurrenz oder Ergänzung?“ Veranstaltung am 29.09.10	3
■ Finanzen	
Reform der europäischen Einlagensicherung	4
Finanzmarktkrise, Wirtschaftskrise, Verschuldungskrise Veranstaltung am 05.10.10	5
■ Energie	
Atomstrom oder erneuerbare Energien – politischer Weitblick ist gefragt	6
■ Frauen	
Frauen für den Frieden - 10 Jahre UN-Resolution	7
■ Sicherheit und Familie	
Zukunft der Wehrpflicht und freiwilliger Zivildienst	7
■ Enquete-Kommission	
Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt	8
■ Migration und Integration	
Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland	8
■ Aus dem Wahlkreis	
Für Rassismus und Rechtspopulismus ist kein Platz in Berlin	9
Weltfriedenstag im Integrationszentrum Harmonie e.V.	10
Diskussionsrunde mit der SPD Reinickendorf	11
Konferenz des Landesjugendwerks der AWO	11

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Gesundheitspolitik

Gesundheit wird teurer – wie teuer?

Ein Jahr FDP in der Bundesregierung bedeutet: Gesundheit wird teurer, die Versorgung aber nicht besser. Der Beitragssatz wird von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent angehoben. Zudem sollen die Beitragssätze der Arbeitgeber festgeschrieben werden. In Zukunft werden steigende Gesundheitskosten über den Zusatzbeitrag alleinig von den ArbeitnehmerInnen getragen. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten wird damit zu Grabe getragen, der Einstieg in die unsolidarische Kopfpauschale durch die Hintertür vollzogen. Merkel und Westerwelle haben „mehr Netto“ versprochen. Stattdessen müssen alle Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen mehr zahlen.



Wahlgeschenke an die PKV

Auf der anderen Seite werden Wahlgeschenke an die privaten Krankenversicherungen verteilt: Der Wechsel aus der Gesetzlichen in die Private Krankenversicherung wird erleichtert. Schon im ersten Jahr können leistungsstarke Versicherte, die mehr als 4.162 Euro verdienen, in die PKV wechseln. Bislang war dies erst nach drei Jahren über der Verdienstgrenze möglich. Die GKV fürchten nun, dass sie dadurch schon bereits im nächsten Jahr bis zu 400 Millionen Euro Beitragseinnahmen verlieren werden. Außerdem sollen die Rabatte, die die GKV mit den Pharmaherstellern immer wieder langwierig aushandelt, auch für die PKV gelten. Die Wahlfreiheit der GKV-Versicherten soll massiv eingeschränkt werden, dies soll der PKV vorbehalten sein.

Geschenke für die Pharmahersteller

Das nächste Lobbygeschenk geht an die Pharmaindustrie. Noch nie wurde auf dem Rücken der gesetzlich Krankenversicherten so offenkundig die Pharmaindustrie beschenkt. Rösler hat Einsparungen im Arzneimittelbereich als oberstes Ziel ausgegeben. Die zwei Milliarden Euro, die er mit dem neuen Modell der Nutzenbewertung einsparen will, sind aber eine reine Phantasiesumme. Denn im ersten Jahr nach der Zulassung können die pharmazeutischen Hersteller die Preise für Arzneimittel mit nachgewiesenem Zusatznutzen weiter völlig frei festsetzen. Auf der Grundlage dieser Mondpreise sollen dann Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband über einen Erstattungspreis stattfinden. Die Hersteller wären dumm, wenn sie nicht ihren Aufwand für zusätzliche Studien, die für die Nutzenbewertung nötig sind, und die zu erwartenden Rabatte im Einstiegspreis berücksichtigen würden. Billiger werden neue Arzneimittel so jedenfalls nicht.

PatientInnen müssen mehr zahlen

Völlig inakzeptabel ist die Einführung einer Mehrkostenregelung bei den Rabattverträgen. Damit sollen Patienten andere Arzneimittel wählen können als jene, über die ihre Krankenkasse Rabattverträge geschlossen hat. Die Mehrkosten müssen die PatientInnen selbst zahlen. Diese Regelung suggeriert, rabattierte Arzneimittel seien schlechter als andere - was nicht zutrifft. Die Regelung eröffnet ein anderes Vorhaben der Regierung: die generelle Einführung von Mehrkostenregelungen. Dies wäre der Einstieg in ein System von Grund- und Wahlleistungen, mit dem sowohl das Solidar- und Bedarfsprinzip als auch das Sachleistungsprinzip ausgehebelt würden. Außerdem wird mit der Mehrkostenregelung die Grundlage für die Rabattverträge zerstört. Die Kassen können den Pharmaunternehmen keine Absatzmengen mehr garantieren, weil sie nicht wissen können, ob sich die PatientInnen für die rabattierten Arzneimittel entscheiden oder andere wählen. Damit werden auch die Einsparungen durch die Rabattverträge aufs Spiel gesetzt.

Medizinische Versorgungszentren sind Erfolgsmodell - Bundesregierung plant trotzdem weiter Einschränkungen



Die 2004 von der SPD eingeführten Medizinischen Versorgungszentren sind eine Versorgungsform, „die sowohl von Patientinnen und Patienten als auch Ärztinnen und Ärzten sehr gut angenommen“, so eine der Kernaussagen der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Mechthild Rawert und der SPD-Bundestagsfraktion „Zukunft der medizinischen Versorgungszentren“. Als weitere Vorteile von MVZ werden in der Antwort außerdem die enge Zusammenarbeit aller an der Behandlung Beteiligten und die Vermeidung von Doppeluntersuchungen genannt.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

Trotzdem bleibt die Bundesregierung bei ihrer unverständlichen Aussage aus dem Koalitionsvertrag, dass MVZ einer Neufassung der Zulassungsvoraussetzungen bedürfen, damit die Tätigkeit in MVZ allein weiter „ärztlichen Gesichtspunkten folge“.

Die Bundesregierung erweckt damit den schon fast lächerlichen Eindruck, als wenn in Krankenhäusern, die in Zukunft nur in unterversorgten Gebieten Träger medizinischer Versorgungszentren sein dürfen, nicht unter ärztlichen Prämissen gearbeitet werden würde.

Weiteres ist nachzulesen auf: www.mechthild-rawert.de – im Bundestag - Gesundheitspolitik

■ Arbeitsmarktpolitik

Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche

Die Weiterbildung bleibt ein Paradies für unseriöse Billiganbieter - dank Frau von der Leyen. Das Nein der Regierung zum Mindestlohn in der Weiterbildung ist ein Skandal - und völlig unnötig dazu. Es gab keinerlei Widerstand gegen diesen Tarifvertrag, es gibt keinen konkurrierenden Tarifvertrag. Sogar die Bundesanstalt für Arbeit hat bereits mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung gerechnet und ihre Ausschreibungsbedingungen entsprechend angepasst. Nun heißt es: Außer Spesen nix gewesen.



Die Regierung hat offenbar keine Ahnung von der Öffentlichkeit, wenn sie bei ihrer Ablehnung am Vorliegen eines öffentlichen Interesses zweifelt. Gute Bildung braucht Qualität. Qualität hat ihren Preis. Das gilt immer, aber vor allem auch bei den Bildungsanbietern im SGB II und SGB III. Die Entscheidung von der Leyens ist ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten im Weiterbildungssektor.

Mit einer Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) würden insbesondere „Hungerlöhne“ beseitigt und zunächst eine „Mindestlohnbasis“ für die Beschäftigten in der geförderten Weiterbildung nach SGB II und III geschaffen. Nur so kann ein hohes Qualitätsniveau gerade bei der arbeitsmarktpolitisch motivierten Aus-, Fort- und Weiterbildung sichergestellt werden. Wir fordern jetzt mit unserem Antrag „Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche“ (Drs. 17/3173), dem Antrag der tarifschließenden Parteien von Mai 2009 zu entsprechen und eine Rechtsverordnung über das Mindestentgelt für die nach SGB II und SGB III geförderte Weiterbildung noch in diesem Jahr zu erlassen.

„Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - Konkurrenz oder Ergänzung?“



Mechthild Rawert, SPD-Bundestagsabgeordnete, diskutierte am 29. September 2010 mit dem stv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion für Wirtschaft und Technologie, Arbeit und Tourismus, Hubertus Heil, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Burgunde Grosse, und dem Experten für Berufsbildungspolitik in Berlin, Uwe Schulz-Hofen, Erfolge, Defizite und Erwartungen an eine gute Arbeitsmarktpolitik im Berliner Abgeordnetenhaus.

Es gibt keine Alternative zum Mindestlohn

Den Rahmen der Diskussion bildeten die notwendigen Anforderungen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den freien Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Überwindung des herrschenden Fachkräftemangels. „Arbeitsmarktpolitik an sich schafft keine Arbeitsplätze“, so Hubertus Heil. Die jeweilige Wirtschaftslage bleibt Voraussetzung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Als Beispiel für die Notwendigkeit der Einführung eines Mindestlohns nannte der SPD-Politiker die Ausbeutung des Konzeptes zur Zeit- und Leiharbeit. Daraus resultiert eine



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

Zunahme des Niedriglohnsektors und somit der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Vollzeitverhältnisse bei gleichzeitiger Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Zudem verschärft diese Situation das Rentensystem und führe ebenfalls zum Rückgang der Binnennachfrage, die wiederum Rückwirkungen auf das Angebot von Arbeitsplätzen hat.

Fachkräftemangel kann nicht durch Zuwanderung beseitigt werden



Der Experte für Berufsbildungspolitik in Berlin Uwe Schulz-Hofen, fasste das Problem des beginnenden Fachkräftemangels in Berlin folgendermaßen zusammen: „Von Seiten der Arbeitgeber werden Arbeitnehmer nicht qualifiziert, da es keine Jobs gibt. Andererseits werden keine Jobs angeboten, da es keine qualifizierten Arbeitskräfte gibt!“ Diese Situation kann dazu führen, dass bis zum Jahre 2030 in der Region Berlin-Brandenburg ca. 460 000 Fachkräfte fehlen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik benötigt also auch eine nachhaltige Bildungs- und Berufsbildungspolitik: „Sozial ist, was für gute Arbeit qualifiziert“, so Uwe Schulz-Hofen. Einhellige Meinung der ExpertInnen war, dass der Fachkräftemangel nicht durch Zuwanderung beseitigt werden könne. „Das vorhandene Potential der jungen Menschen und der noch nicht Qualifizierten muss gehoben werden.“ In Deutschland gibt es allerdings zu wenige Strukturen für Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen an Hoch- und Berufsschulen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss für die zukünftigen Anforderungen vielfältige Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung schaffen.

Maßnahmen der Weiterbildung sind zu kurzfristig

Unter den zahlreich erschienenen Gästen meldeten sich viele ExpertInnen zu Wort und bestätigten die Dringlichkeit der angeführten arbeitsmarktpolitischen Forderungen aus eigenen Erfahrungen. So wurde berichtet, dass Maßnahmen der Weiterbildung oft zu kurzfristig angelegt sind. Das bestätigten auch die VertreterInnen der Ausbildungsplatzanbieter und -vermittler.



v.l.n.r.: Uwe Schulz-Hofen, Mechthild Rawert, Hubertus Heil, Burqunde Grosse

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert fasste den Tenor der Ergebnisse dahingehend zusammen, dass eine effektive Daseinsvorsorge der Nachhaltigkeit von Förderstrukturen bedarf: „Gute Arbeit fußt auf einer nachhaltigen Aus-, Fort- und Weiterbildung.“

■ Finanzen

Reform der europäischen Einlagensicherung



Die EU-Kommission hat einen Richtlinienvorschlag zur Reform der europäischen Einlagensicherungssysteme vorgelegt. Die Fraktionen von CDU, CSU, FDP und Linke haben entschieden, eine inhaltliche Debatte über Vorschläge zu einer europäischen Regelung zu verhindern und eine Subsidiaritätsrüge auszusprechen, da der Vorschlag in das deutsche Drei-Säulen-System von Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen eingreife. Die Subsidiaritätsrüge aber ist eine Minderheitenmeinung und schadet deutschen Interessen.

Der Richtlinien-Vorschlag der Kommission beinhaltet eine umfassende Reform zur Beseitigung der durch die Finanzkrise zutage getretenen Schwachstellen in den nationalen Einlagensicherungssystemen. Die Initiative bietet unbestreitbar einen europäischen Mehrwert. Die Regulierungslücken sind umfassend nur durch eine europäische Regelung zu schließen.

Inhaltlich unterstützen und teilen wir die Bedenken der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Der Vorschlag ist zweifelsohne ein Eingriff in ihre existierenden freiwilligen, institutsbezogenen Sicherungssysteme und bedarf der Überarbeitung. Insbesondere ist eine Absenkung des Anlegerschutzes oder eine nachteilige Beteiligung deutscher Banken an Sicherungssystemen, die sie nicht nutzen werden, zu vermeiden. Wir brauchen weiterhin eine Ausnahmeregelung für

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

institutsbezogene Einlagensicherungssysteme. Freiwillige Sicherungssysteme müssen daher aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie heraus. Außerdem sind maximale Deckungssummen im Entschädigungsfall nicht hilfreich.

Wir sehen jedoch weder einen rechtlichen noch einen politischen Spielraum für die Erhebung einer Subsidiaritätsrüge. Die EU ist die richtige Rechtsetzungsebene für eine Regelung zur Einlagensicherung. Die Regierungskoalition will an dieser Stelle das „scharfe Schwert“ der Subsidiaritätsrüge testen und rutscht damit in eine europaskeptische Haltung, obwohl ihr juristisch klar ist, dass sie damit nicht durchkommen wird. Unterstützt wird die Koalition von der Linken, die ihren Europaskeptizismus hinter Geschäftsordnungsdebatten zu verbergen sucht. Vor dem Hintergrund des Auftritts der Bundesregierung im Zuge der Euro-Krise sollte jedoch gerade die Bundesrepublik Deutschland den Eindruck vermeiden, dass Europa ein Problem sei. Alle Anstrengungen sollten sich deshalb auf die inhaltliche Auseinandersetzung und Verbesserung der Richtlinie konzentrieren. Dazu wollten wir die Bundesregierung in einem Entschließungsantrag auffordern, was von Union, FDP und Linken leider verhindert wurde.

Finanzmarktkrise, Wirtschaftskrise, Verschuldungskrise

Die Landesgruppe der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten hat Peer Steinbrück am 5. Oktober 2010 eingeladen, um mit Bürgerinnen und Bürgern über die Finanzkrise, die Ursachen und die Folgen zu sprechen. In seiner Rede schilderte er seine Unzufriedenheit über den Umgang mit der Krise bei den seit 1999 abgehaltenen G20-Gipfeln der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten haben bisher umfangreiche Einsparziele zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vereinbart, aber sie verschonen weiterhin die eigentlichen Verursacher der Krise aus der Finanzindustrie.



v.l.n.r.: Wolfgang Thierse, Petra Merkel, Peer Steinbrück, Mechthild Rawert, Swen Schulz

Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer



„Wir brauchen dringend wirksame Regeln gegen die ungebremste Spekulation an den Finanzmärkten“, forderte Peer Steinbrück. Um grundsätzliche Richtungsentscheidungen für das internationale Finanzsystem umzusetzen, muss Deutschland mit EU-Partnerstaaten vorangehen. Die Regulierung des Finanzsystems bedarf somit internationaler Koordinierung und kann sich nicht auf nationale Finanzpolitik begrenzen, bekräftigte der ehemalige Bundesfinanzminister. So steht Peer Steinbrück fest hinter der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer, um kurzfristige Spekulationen einzudämmen und um die Mitverursacher an den Folgekosten der Krise zu beteiligen.

Sozialstaat und Verschuldungskrise

Deutschland war bis 2011 auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt. Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise mussten Regierungen weltweit gigantische Summen in den internationalen Finanzmarkt pumpen, um ihn vor einem Kollaps zu bewahren. Die Folge war eine massive Verschuldung der Staatshaushalte. Nun fehlt dieses Geld für Investitionen in Schulen und Bildung oder zur Bekämpfung der Armut. Diese Situation stellt unseren Sozialstaat vor große Herausforderungen. Der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland ist dabei nicht immer hilfreich. Nach Steinbrück gab es bei der Föderalismusreform einen folgeschweren Fehler: „Der Bund hat die Zuständigkeit für die Bildung aufgegeben.“



Das macht Investitionsvorhaben in Betreuungs- und Ganztagserschulungsprogramme enorm schwierig. Nach Peer Steinbrück gilt es heute jedoch zu klären, wie Einbußen fair verteilt werden sollen. „Stärkere Schultern müssen zu Gunsten des Gemeinwohls mehr auf sich nehmen, als schwache Schultern“, führte er fort. Daher sieht Peer Steinbrück den Sozialstaat mehr durch den demografischen Wandel bedroht, als durch die Außenverschuldung. Die andauernde Finanzmarktkrise und das geringe Steueraufkommen hinterlässt ein schweres Erbe für die künftigen Generationen.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

Europäische Wirtschaftspolitik

Steinbrück prognostizierte zumindest eine Zinserhöhung der EZB zur Inflationsbekämpfung nach dem Jahr 2011. Der SPD-Politiker und ehemalige Finanzminister vermutet, dass es in Zukunft zu mehr Kontrolle über die Wirtschaftspolitik seitens der EU kommen könne. Konkret stellte er sich ein Koordinationsrecht des Europäischen Rates über die Haushaltspolitik der nationalen Parlamente vor. Abschließend plädierte Peer Steinbrück dafür, solange von einer Erweiterung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion abzusehen, bis der Euro stabilisiert ist. Insgesamt beurteilte Steinbrück die Krise als noch nicht überwunden, aber auch als bewältigbar.



■ Energie

Atomstrom oder erneuerbare Energien – politischer Weitblick ist gefragt



Die meisten Menschen waren mit dem von Rot-Grün ausgehandelten Ausstieg aus der Atomenergie sehr zufrieden. Auch die Bundesförderprogramme für die Erforschung erneuerbarer Energien (Erneuerbare Energien Gesetz EEG) hatten breite Zustimmung. Jetzt hat Schwarz-Gelb den Ausstieg aus dem Ausstieg beschlossen, um die vermeintliche „Energilücke“ zu schließen, die unseren Wohlstand bedroht. In einem Hauruck-Verfahren und ohne Beteiligung des Bundesrates will die Regierung diese Planung durchdrücken. Dazu hat sie die letzte Lesung des Atomgesetzes für den 28.10. angesetzt.

Energiepolitik als Schlüsselfrage

Diese Problemlagen zeigen schon, dass die Frage der Energiereserven weltweit, aber auch in Deutschland und Europa eine Schlüsselfrage der nächsten 20 Jahre wird, die auch politisch beantwortet werden muss.

Wir werden ab 2011 vor allem höhere Stromkosten haben, weil wir mit dem EEG einen Weg zur Stromerzeugung ohne Atommüll und mit weniger Kohlendioxid beschritten haben, der erhebliche Umbauten am Energiesystem benötigt. Diese Umbauten müssen wir VerbraucherInnen bezahlen. Wir finanzieren damit aber auch den Aufbau eines neuen Wirtschaftszweiges mit, in dem gute Arbeitsplätze entstehen (bis heute 340.000, Tendenz steigend). Diese sind wiederum wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mittelfristig sichert uns dieser Umbau eine Preisstabilität, die die fossilen Brennstoffe genauso wenig bieten wie die Atomkraft. Schon heute wäre Atomstrom unbezahlbar, wenn die Energiekonzerne komplett für die Endlagerkosten aufkommen müssten. Ich halte daher die aktuellen Preissteigerungen für politisch sinnvoll, auch wenn ich als Verbraucherin selbst davon betroffen bin.

Politisch unsinnig und ein Ausdruck reiner Klientelpolitik ist der Ausstieg vom Atomausstieg. Gerade auf dem Hintergrund des mit dem EEG angestoßenen intensiven Ausbaus des Marktes für erneuerbare Energien gibt es keine Rechtfertigung für einen solchen Schritt. Nicht einmal eine Kostenentlastung der Verbraucher findet statt, sondern eine Gewinnmaximierung für die Unternehmen. Die neue Brennelementesteuer ist völlig unzureichend, weil sie zur Deckung der Folgekosten der Atomkraft viel zu niedrig.

Außerparlamentarischer Protest

Die schwarz-gelbe Koalition hat eine satte Mehrheit im Parlament. Auch wenn das den aktuellen Umfragen nicht mehr entspricht, kann sie ihre Gesetze im Parlament sicher durchsetzen. Deshalb gewinnt jetzt der außerparlamentarische Protest neue Bedeutung. Für die Abstimmung am 28.10. hat ein Bündnis aus den Fraktionen und Parteien von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie den Organisationen von BUND, Naturfreunde, Greenpeace Demonstrationen organisiert, anschließend auch ein Public Viewing der Bundestagsdebatte auf dem Pariser Platz. Parallel geht die SPD gegen den Ausschluss des Bundesrates bei dem Gesetzesentschluss mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vor.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

Viele von uns sind auch in Verbänden und Vereinen organisiert und engagieren sich ehrenamtlich. Diese Verbindungen sind weiter zu stärken, um den Protest gegen die Atomkraftverlängerung wachsen zu lassen. Nur dann hat die parlamentarische Arbeit auch die notwendige Unterstützung von außen. SPD und Bundestagsfraktion entwickeln neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit.

■ Frauen

Frauen für den Frieden - 10 Jahre UN-Resolution

Das Anliegen unseres Antrages (Drs. 17/2484) ist, dass auch Frauen an Strategien zur Konfliktbewältigung teilhaben sollen und vor Gewalt geschützt werden. Am 31. Oktober 2010 jährt sich die Verabschiedung der UN-Resolution 1325 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum zehnten Mal. Die Resolution gilt als Meilenstein einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik, da erstmals die Schlüsselrolle von Frauen bei der Konfliktbewältigung, der Friedenskonsolidierung und beim Wiederaufbau anerkannt wurde.



Der UN-Sicherheitsrat fordert außerdem den Schutz von Frauen vor (sexueller) Gewalt. Wir würdigen mit unserem Antrag die UN-Resolution und fordern eine konsequente Umsetzung ein. Sexuelle Gewalt wird von Konfliktparteien zunehmend gezielt als Kriegsstrategie verfolgt. Lange wurde strafrechtlich nicht konsequent genug darauf reagiert. Dies änderte sich mit den Internationalen Strafgerichtshöfen für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda, die klar aufzeigten, dass ethnische Säuberungen mittels sexueller Gewalt erreicht werden sollten. Neue Dynamik in die Umsetzung könnte durch die jüngst beschlossene Einheit für Geschlechtergerechtigkeit UN Women und die erstmals ernannte UN-Sonderberichterstatterin zu sexueller Gewalt kommen. Auch die EU bemüht sich verstärkt um einen geschlechterspezifischen Ansatz ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Zum ersten Mal wird in einem SPD-Antrag gefordert, dass die Umsetzung in der deutschen Politik künftig durch einen Nationalen Aktionsplan erleichtert werden soll.

■ Sicherheit und Familie

Zukunft der Wehrpflicht und freiwilliger Zivildienst



In ihrer Fraktionssitzung am 13. September 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion ihr Positionspapier zur Zukunft von Wehr und Zivildienst „Mut zu mehr Verantwortung und Freiwilligkeit – Bundeswehr zukunftsfähig machen und freiwillige soziale Dienste stärken“ einstimmig beschlossen.

Regierung soll Pläne für Reform von Bundeswehr sowie Wehr- und Zivildienst vorlegen

Mit immer neuen, unausgegorenen Reformideen sorgen die Minister zu Guttenberg und Schröder für tiefe Verunsicherung bei Soldatinnen und Soldaten, jungen Menschen und Beschäftigten in der Wehrverwaltung und dem Zivildienst. Zumindest in der Frage der Zukunft des Wehrdienstes scheint der Verteidigungsminister inzwischen aber endlich auf einem richtigen Weg. Wir begrüßen, dass Guttenberg anscheinend das SPD-Konzept eines freiwilligen Wehrdienstes übernehmen will. Er hätte dabei unsere volle Unterstützung. Wir fordern eine rasche Umsetzung dieses Modells, um das mit der Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate angerichtete Chaos innerhalb der Bundeswehr so schnell wie möglich zu beenden.

Freiwilligendienste konsequent ausbauen

Die Bundesregierung ist aufgefordert, die anstehenden Reformen des Wehr- und Zivildienstes als Chance für eine Stärkung unserer Bürgergesellschaft zu verstehen und zu nutzen. Wir fordern einen konsequenten Ausbau der Freiwilligendienste. Die bislang für den Zivildienst verwandten Mittel sind vollständig zur Stärkung der Freiwilligendienste einzusetzen.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

Kein Kahlschlag bei Bundeswehrstandorten und Zivildienstschulen

Die Reformen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten bei Bundeswehr und Zivildienstverwaltung ausgetragen werden. Wir erwarten, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die vorhandenen Strukturen für eine zügige Umstellung auf einen freiwilligen Wehrdienst und die Stärkung der Freiwilligendienste zu nutzen.

■ Enquete-Kommission

Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt



Anlässlich ihrer Klausursitzung am 9. September hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag beschlossen, mit dem eine neue Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ eingerichtet werden soll. Ziel ist es, ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt, individuellem Wohlergehen und nachhaltiger Entwicklung jenseits der Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu entwickeln. Den Antrag wird die SPD gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ins Parlament einbringen.

Neue Ziele unseres Wirtschaftens

Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, brauchen wir neue Ziele unseres Wirtschaftens. Dabei müssen nachhaltige Lebensqualität, Teilhabe und sozialer Fortschritt stärker berücksichtigt werden. Es muss uns um eine Wirtschaftspolitik gehen, die Gemeinwohl und Fortschritt verbindet.

Tatenlosigkeit beenden – Spielräume nutzen

Die Tiefe und Bedeutung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht verkannt werden. Der Regierung fehlen Ideen und Strategien, ihr fehlt die Kraft für konsequentes Handeln. Was wir jetzt brauchen sind Investitionen in neue Ideen und neue Produkte, Wachstumspolitik mit Gestaltungsspielräumen.

Sozial-ökologischer Fortschritt

Es kann jetzt nicht darum gehen, einfach so weiter zu machen wie bisher und nur auf das BIP-Wachstum zu schauen. Wir wollen daher über die Frage diskutieren, inwieweit das Bruttoinlandsprodukt uns überhaupt Auskunft über die Lebensqualität der Menschen gibt. Gebraucht wird ein neuer Fortschrittsindikator, in den auch Nachhaltigkeit, Bildung und soziale Teilhabe eingehen. Die Finanzkrise erfordert grundlegendere Konsequenzen als Kurzarbeit und Bankenabgabe. Nachhaltige Lebensqualität und sozialer Fortschritt müssen zum Maßstab von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik werden.

■ Migration und Integration

Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland

Viel angekündigt, wenig getan, kaum Initiativen. Damit lässt sich der Integrationsbericht 2010 der Bundesregierung (Drs.17/2400) zusammenfassen, der am 7. Oktober im Bundestag beraten wurde. Der schwarz-gelben Koalition ist vorzuwerfen, dass bisher viel zu viel Zeit ohne Taten verstrichen ist: Der Bericht trägt das Datum vom Juni 2010, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), stellte den Bericht im Juli 2010 im Bundeskabinett vor und erst am 7. Oktober wurde darüber im Deutschen Bundestag diskutiert.



Das ist umso schlimmer, weil die Ergebnisse des Integrationsberichtes zu größter Eile mahnen: SchulabbrecherInnen, Ausbildungsquote, Arbeitslosigkeit - wir haben insgesamt eine negative Entwicklung und Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional betroffen. Die Reaktionen der Integrationsbeauftragten Böhmer angesichts dieser Ergebnisse zeugen von größter Hilflosigkeit. Auf Grundlage des Berichtes kündigt sie viel an, getan wurde bisher aber nichts. Bestes Beispiel ist das geplante Anerkennungsgesetz für ausländische Bildungsabschlüsse. Im Dezember 2009 von der Bundesregierung

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

angekündigt, gibt es immer noch keinen Gesetzesentwurf. Die Folge: MigrantInnen mit höchsten, im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen müssen in Deutschland einer Arbeit weit unter ihrem Qualifikationsniveau nachgehen. Das sind vergeudete Potenziale für Deutschland.

Zu wenig Mittel für die Integrationskurse

Die Forderung Böhmers nach mehr Integrationskursen zum Erlernen der deutschen Sprache: Ein richtiges Anliegen, nur leider hat das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgrund des Sparzwanges der schwarz-gelben Koalition zu wenig Mittel für die Kurse. Trotz eines Aufschlages von 15 Millionen Euro fehlen weitere 15 Millionen Euro, wie Böhmer unlängst zugeben musste. So wird rund 20.000 MigrantInnen (gerade auch der 1. Generation!) der Zugang zu Deutsch-Kursen wieder einmal nicht gegebnet, und gleichzeitig vielen integrationswilligen MigrantInnen die Motivation genommen. Integration sieht anders aus.

Potenziale werden verschwendet

Der Integrationsbericht zeigt deutlich, dass eine Integrationspolitik aus einem Guss immer noch Mangelware ist. Dabei können wir es uns nicht leisten, das Potenzial der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund, das entspricht ein Fünftel unserer Bevölkerung, zu verschwenden. Weder gesellschaftlich, noch ökonomisch!

Ein höchst bedenklicher Trend ist die Tatsache, dass MigrantInnen, die in Deutschland gute Bildungsabschlüsse gemacht haben, unserem Land den Rücken kehren. Ein alltägliches Gefühl vieler Bürger mit Migrationshintergrund ist es, diskriminiert und nicht gewollt zu werden. Das erschwert eine Integration - sei es in der Schule, in der Ausbildung oder auf dem Arbeitsmarkt. Eine höhere Aufmerksamkeit verdient auch die zunehmende Stigmatisierung aufgrund von Religionszugehörigkeit. Hier verlangt es nach Differenzierung, nach entschlossenem Hinsehen und Handeln. Notwendige Maßnahmen zu diesen Herausforderungen lässt der Integrationsbericht offen.

■ Aus dem Wahlkreis

Für Rassismus und Rechtspopulismus ist kein Platz in Berlin

02.10.2010

Anlässlich des Berlin-Besuchs des Rechtspopulisten Geert Wilders organisierte die SPD-Tempelhof-Schöneberg gemeinsam mit Mechthild Rawert am 02.10.2010 die Diskussionsveranstaltung „Stop the Wilders Show“ über Strategien gegen Rechtspopulismus im Rathaus Schöneberg.

„Wir müssen klar machen, dass Rechtspopulisten, wie der Niederländer Geert Wilders, in Berlin nicht willkommen sind“, betonte Mechthild Rawert, MdB, Mitglied der AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion. Im Podium waren weiterhin Peter Scheffer von der Partij van de Arbeid (PvdA), den niederländischen SozialdemokratInnen, und Dirk Stegemann, Koordinator des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen!“ vertreten. Die Moderation übernahm Marijke Höppner, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg.



v.l.n.r.: Peter Scheffer, Marijke Höppner, Mechthild Rawert, Dirk Stegemann

Peter Scheffer eröffnete die Veranstaltung mit einer Chronik des Aufstiegs von Geert Wilders. Der Koordinator der Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen!“ Dirk Stegemann gab anschließend einen aktuellen Einblick über die rechtspopulistischen Bewegungen in Berlin. Mechthild Rawert betonte – und alle Diskutantinnen schlossen sich an, dass ein europäisches Bündnis der demokratischen Kräfte gegen Rechtspopulismus, Rassismus und Islamfeindlichkeit ins Leben gerufen werden muss.

Den vollständigen Bericht zu dieser Veranstaltung finden Sie unter www.mechthild-rawert.de.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 10



Weltfriedenstag im Integrationszentrum Harmonie e.V. 21. 09 2010

Am Weltfriedenstag fand im Schöneberger Integrationszentrum Harmonie e.V. eine besondere Aktion statt, um die Idee des Friedens und des friedvollen Zusammenlebens zu stärken. „Wir feiern Frieden“, lautete das Motto der unter freiem Himmel stattgefundenen Veranstaltung des Integrationszentrums Harmonie e.V. in der Schöneberger Katzlerstraße 13. Die Bundestagspräsidentin a.D., Professor Dr. Rita Süßmuth, spendete dem Harmonie e.V. ihr Preisgeld, welches ihr anlässlich der Verleihung des Bielefelder Regine-Hildebrandt-Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut zugesprochen war.

Bezirksbürgermeister Ekkehard Band würdigte in Anwesenheit zahlreicher ProjektteilnehmerInnen aller Altersstufen, der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert (SPD), der Integrationsbeauftragten von Tempelhof-Schöneberg, Frau Gabriele Gün Tank, und Vertreterinnen befreundeter Vereine und Organisationen das Engagement von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth. Ihr Einsatz für Migration, Integration und Ausländerrecht, ihr Engagement gegen jedwede Geschlechterdiskriminierung seien vorbildlich.



Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D., würdigte ihrerseits die vielfältigen Anstrengungen des Integrationszentrums Harmonie e.V. zwischen Menschen über Nationen und Generationen hinweg. Larissa Neu, Leiterin des Integrationszentrums Harmonie e.V. verwies auf die mit dem gespendeten Preis nun möglich werdenden weiteren Möglichkeiten zum friedlichen Miteinander von Aussiedlerinnen und Aussiedlern und von Einheimischen.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 11

Diskussionsrunde mit der SPD Reinickendorf

21.09.2010

Die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert traf sich mit der Reinickendorfer SPD und Vertretern der IG Bau in der Cafeteria des Paracelsusbades, um über die neuen Konzepte zur Rente mit 67 zu diskutieren. Dabei ging es u.a. um die Einführung individueller Rentenkonto zur Flexibilisierung der Einzahlungsmöglichkeiten.



Konferenz des Landesjugendwerks der AWO

18.09.2010

Die Berliner JugendwerkerInnen trafen sich wieder in der Spukvilla zur diesjährigen Landesjugendwerkerskonferenz, um neue Beschlüsse zu fassen und einen neuen Vorstand zu wählen.

Der neugewählte und bisherige Vorsitzende des Bundesjugendwerkes, Claudius Reh (Bildmitte), begrüßte neben zahlreichen Jugendlichen den Landesgeschäftsführer der Berliner AWO, Hans-Wilhelm Pollmann (Bild ganz rechts), und die SPD-Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, Mechthild Rawert.

Mechthild Rawert lobte das Jugendwerk für sein zivilgesellschaftliches Engagement und hob dieses als wichtiges und relevantes Element der Partizipation hervor. In ihrem Grußwort betonte sie die Wichtigkeit der Bildung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Das Berliner Landesjugendwerk leistet durch sein außerschulisches Seminarangebot und seine Verbandsarbeit im Jugendclub Lindenhof einen erheblichen Beitrag dazu. Die Integration von Migrantinnen und Migranten bleibt eine wichtige Herausforderung für sozialdemokratische Organisationen, fügte die SPD-Politikerin hinzu.



■ Terminankündigungen

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 12

Landesparteitag der Berliner SPD

Samstag, 13. November 2010
09:30 – 18:00 Uhr
Seminaris Campus Hotel, Takustr. 39, 14195 Berlin

Fraktion-vor-Ort für Betriebsräte, „Fachkräftemangel im Gesundheitswesen – Wie muss Politik heute steuern?“

Geschlossene Diskussionsrunde mit Ulla Schmidt, MdB, Bundesgesundheitsministerin a.D., BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, Frauenvertreterinnen
Freitag, 26. November 2010
15:00-16:30 Uhr
im Vivantes-Klinikum am Friedrichshain, Hörsaal Haus 8, Landsberger Allee 49, 10249 Berlin

Kreis-Delegierten-Konferenz der SPD Tempelhof-Schöneberg

Samstag, 27. November 2010
10:00 – 18:00 Uhr
Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

Kunstvolles Anleuchten des Winterfeldtplatzes: „Lichterwelt am Winterfeldt“

Sonntag, 28. November 2010, 1. Advent
16:00 – 17:00 Uhr
Winterfeldtplatz, in Schöneberg

Fraktion-vor-Ort, „Regelsätze und Bildungsbeitrag – schaffen die Neubewertungen Chancengleichheit?“

Diskussionsveranstaltung mit Gabriele Hiller-Ohm, MdB, Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagfraktion, Wolfgang Stadler, Vorsitzender des AWO-Bundesverbandes (angefragt), Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes (angefragt) und Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforums Familie.

Mittwoch, 15. Dezember 2010
19.30 – 21.15 Uhr
AWO Bundeszentrale e.V. im Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63 10961 Berlin

Weitere Termin-Infos unter: www.mechthild-rawert.de oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

